

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG § 55 GOG-NR

der Abgeordneten Jannach
und weiterer Abgeordneter

betreffend Erhöhung der Beitragssätze in der Sozialversicherung der Bauern

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt: Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (980 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2011 (Bundesfinanzgesetz 2011 – BFG 2011) samt Anlagen (1044 d.B.), Untergliederung 42 – Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, in der 91. Sitzung des Nationalrates, XXIV.GP, am 22. Dezember 2010

Inakzeptabel sind die im Budget der Regierung vorgesehenen Mehrbelastungen für die Bauern durch die Erhöhung der Beitragssätze in deren Sozialversicherung. Allein die vorgesehene Erhöhung des Beitragssatzes in der Pensionsversicherung von 15% auf 16% innerhalb der nächsten vier Jahre bedeutet eine Mehrbelastung von 62,1 Mio. € für die Beitragszahler.

Die Bauern stehen schon jetzt unter massivem wirtschaftlichem Druck und die Zahl der Hof-Schließungen steigt. Nach dem dramatischen Einkommensminus von 28% im Jahr 2009 sind die angedachten Belastungen nicht vertretbar.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigenden Abgeordneten folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird aufgefordert, auf sämtlichen Ebenen Verhandlungen aufzunehmen, um die durch das Budget 2011 verursachte Schlechterstellung der Bauern zu kompensieren.“

